

**Hassler Hansjörg:** Es ist höchste Zeit, vernünftig zu werden. Wir von der BDP sind überzeugt, dass die grosse Mehrheit in diesem Saal weiss, dass es zum vom Bundesrat ausgehandelten Abkommen über die UBS keine Alternative gibt. Eine Ablehnung des Vertrages wäre mit viel zu grossen Risiken verbunden. Die USA könnten auf die Forderung nach der Herausgabe von 52 000 Kundendaten zurückkommen. Was das bedeuten würde, vermag niemand abzuschätzen. Es geht uns von der BDP nicht darum, der UBS einen Gefallen zu tun. Es war ja die UBS, die uns in diese heikle Situation gebracht hat; darum müssen wir die UBS auch nicht schonen. Aber bei einer Ablehnung des Abkommens würde das Ansehen unseres Landes in der Staatengemeinschaft Schaden nehmen. Unsere Wirtschaft und der Werkplatz Schweiz hätten darunter zu leiden. Das wollen wir mit der Annahme des Abkommens vor allem verhindern. Die USA sind ein wichtiger Handelspartner für die Schweiz. Diese guten Wirtschaftsbeziehungen sollten wir nicht ohne Not aufs Spiel setzen.

Es ist uns völlig klar, dass rund um die UBS und unsere Grossbanken ganz allgemein Handlungsbedarf besteht. Die Risiken der systemrelevanten Banken müssen begrenzt werden. Im Bereich der Eigenmittel, der Liquidität, der Risikoverteilung und der Organisation braucht es dringend strengere Regulierungen. Selbstverständlich müssen auch Massnahmen gegen die Abzockerei ergriffen werden. Wir von der BDP werden entsprechende Massnahmen auch unterstützen. Aber wir können und sollten diese nicht mit dem Abkommen mit den USA verknüpfen. Um diese zusätzlichen Aufgaben seriös lösen zu können, brauchen wir noch etwas Zeit. Man kann jetzt nicht in der Schnelle entsprechende Lösungen aus dem Hut zaubern. Verschiedene Vorschläge liegen auf dem Tisch, eine extra dafür eingesetzte Arbeitsgruppe hat ihren Schlussbericht noch nicht abgeliefert. Die Massnahmen stehen auch nicht in direktem Zusammenhang mit dem Abkommen, und über das Abkommen müssen wir bis Ende August entschieden haben. Darum macht es Sinn, jetzt das Abkommen zu genehmigen und anschliessend die weiteren Aufgaben rund um die Risiken der Grossbanken zügig, aber seriös an die Hand zu nehmen. In diesem Sinne bitten wir Sie alle, über Ihren Schatten zu springen und heute dem Abkommen zuzustimmen.

**Grunder Hans:** Wir sind hier nun endgültig in der Finalrunde eines sehr wichtigen Spiels. Wir sind im Schweizer Parlament - nicht in der "Arena". Hier gilt es, unsere Aufgabe, die wir von unseren Wählern als Auftrag erhalten haben, wahrzunehmen. Ich appelliere deshalb an alle hier in diesem Saal, diese Institution ernst zu nehmen und heute im Interesse unseres Landes zu handeln.

Es stehen mehrere zehntausend Arbeitsplätze auf dem Spiel, die Wirtschaft steht auf dem Spiel. Es geht hier - es wurde bereits gesagt - nicht um eine Abstrafung der UBS. Wir alle wissen und sind uns, glaube ich, klar einig, dass diese Bank der Ursprung der Probleme ist. Diese Bank hat grosse, fahrlässige Fehler gemacht. Da besteht hier in diesem Saal kein Zweifel.

Wir können aber mit der Ablehnung des Vertrags diese Bank nicht abstrafen. Es gibt andere Möglichkeiten dazu. Wir von der BDP unterstützen jedes Verfahren, das die Verantwortlichen der Bank zur Rechenschaft ziehen kann. Eine Ablehnung des Vertrags ist aber absolut das falsche Instrument. Darum fordern wir Sie alle auf, heute im Interesse unseres Landes zu handeln.

Es geht hier wirklich um eine Abstimmung, die ganz gravierende Folgen für unser Land haben wird, wenn wir in die falsche Richtung entscheiden.

Es ist eine irriige Meinung, zu glauben, dass mit den USA neu verhandelt werden könnte, wenn wir diesen Vertrag hier ablehnen. Wir setzen hier ganz klar unsere Glaubwürdigkeit aufs Spiel. Der Bundesrat hat einen Vertrag mit den USA ausgehandelt; er hat hart verhandelt, sehr hart verhandelt. Das Resultat, das vorliegt, lässt sich sehen. Das Ganze wurde von ursprünglich 52 000 Dossiers auf 4500 Fälle reduziert, und das war nicht eine einfache Aufgabe. Es war ein notwendiges Übel; man musste hier handeln, um eben grösseren Schaden zu vermeiden. Wenn wir hier Nein sagen, gehen wir zurück auf Feld eins; eine zweite Finalrunde wird es nicht mehr geben, und die Folgen werden gravierend sein.

Deshalb bitte ich Sie, auch dem Aufruf des Präsidenten des Gewerbeverbandes, seines Zeichens SVP-Mitglied, Folge zu leisten. Er hat auch gesagt, dass wir jetzt mit all den Spielereien aufhören müssen und im Interesse der Wirtschaft und unsres Landes hier ganz klar Ja zu diesem Staatsvertrag, zu diesem notwendigen Übel, sagen müssen. Und ich bitte Sie - das möchte ich auch noch einmal betonen - um ein

ganz klares Nein zur Referendumsfrage, weil diese zwei Fragen miteinander verknüpft sind. Wir riskieren sonst, dass wir schlussendlich am gleichen Ort landen, wenn wir zwar Ja zum Vertrag sagen, aber den Vertrag unnötigerweise dem Referendum unterstellen würden und damit noch einmal ein grosses Risiko eingehen würden.

Ich bitte Sie also alle hier, wenn Sie den Knopf drücken, klar zu überlegen, was das für Konsequenzen hat.